

Die Last erleichtern

In Zeiten der Krise – Europäische Hilfe ist nie
wichtiger gewesen



Zusammenfassung

Im vergangenen Jahr litten die Armen in allen Teilen der Welt unter den Folgen des rapiden Anstiegs der Nahrungsmittel- und Energiepreise. Heute führt die globale Wirtschaftskrise zur ernsthaften Beeinträchtigung einiger der weltweit schwächsten Ökonomien und schadet den Ärmsten der Bevölkerung. In diesen Krisenzeiten sollten die Staaten Europas, stärker denn je zuvor, die Entwicklungsländer entlasten.

Im Jahr 2008 stellten die europäischen Regierungen gemeinsam 60 % der weltweiten Hilfszahlungen und sie verpflichteten sich zur Führung der Geberländer im Kampf gegen Armut und Ungleichheit. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, haben die europäischen Regierungen zugesichert, die Quantität und Qualität ihrer Hilfsleistungen durch die Erfüllung internationaler Verpflichtungen wie der Paris-Deklaration zu erhöhen. Dieser Bericht zeigt jedoch auf, dass die Europäische Union (EU) ihre Versprechen bezüglich der Höhe und Qualität der Hilfe nicht einhält und das zu einem Zeitpunkt, an dem die ärmsten Familien ihrer am stärksten bedürfen.

Im Jahr 2008 stellte Europa 0,40 % seines Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe zur Verfügung. Auch wenn dies eine Erhöhung von vier Milliarden Euro darstellt, werden tatsächlich weitere 20 Milliarden Euro in den kommenden zwei Jahren benötigt, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Der derzeitige Anstieg bleibt weit hinter dem Bedarf zurück und entsprechend der offiziellen Schätzungen seitens der Europäischen Kommission, wird die EU ihr Ziel, zum Jahr 2010 0,56 % des BNE zu leisten, frühestens im Jahr 2012 erreichen. Viele der 15 älteren Mitgliedsstaaten (EU 15) werden bis zum Jahr 2010 ihr individuelles Ziel von 0,51 % nicht erreichen, und ebenso wenig wird von den zwölf neuen Mitgliedsstaaten (EU 12) erwartet, dass die Umsetzung ihrer Zielvorgabe von 0,17 % pünktlich gelingt.

Vielmehr werden, wenn sich die derzeitige Tendenz fortsetzt, höchstens zehn Länder ihre Verpflichtungen für 2010 einhalten. Da bedeutet, dass sich Europa weit von seinem Ziel entfernt, 0,7 % des BNE an Hilfe im Jahr 2015 zu leisten – ein im Jahr 2002 gegebenes Versprechen, das für die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele unabdingbar ist. Unter den älteren Mitgliedsstaaten verzeichnet Österreich den höchsten Rückgang, gefolgt von einem leichten Rückgang der Niederlande. In der Gruppe der neuen Mitgliedsstaaten schnitten Bulgarien und Malta, mit Rückgängen von 27 %, mit Abstand am schlechtesten ab. Dicht gefolgt von Estland mit 19 % Rückgang, Polen mit 10 %, Ungarn mit 9 % und der Tschechischen Republik mit 1 %.

Offizielle Zahlen zeigen also, dass Europa seinen internationalen Versprechen zum Jahr 2010 nicht nachkommen wird. Aber diese Zahlen verbergen gleichzeitig weitere Formen „aufgeblähter Hilfe“. Von den beinahe 50 Mrd. Euro, die europäische Regierungen im Jahr 2008 zur Verfügung stellten, handelt es sich bei fast fünf Milliarden Euro um Schuldenerlasse, bei zwei Milliarden Euro um Aufwendungen für Studierende und bei annähernd einer Milliarde Euro um Flüchtlingsausgaben.

Zieht man diese Beträge von der offiziellen Hochglanzversion der Zahlen ab, dann schmelzen die europäischen Hilfsleistungen auf nur 0,34 % des BNE zusammen, weichen damit stark von den offiziellen 0,40 % ab und liegen weit entfernt von den anvisierten 0,56 % für 2010. Wenn sich die gegenwärtige Tendenz unverändert fortsetzt, dann werden die europäischen Staaten im Jahr 2010 den Entwicklungsländern, aufgrund von aufgeblähten Hilfsleistungen und verfehlten offiziellen Zielen, 39 Milliarden Euro weniger als versprochen zur Verfügung gestellt haben. Dieser Betrag entspricht dem zweifachen Wirtschaftsvolumen Estlands und würde ausreichen, um das Tageseinkommen der 380 Millionen ärmsten Menschen in Afrika um einen Vierteldollar zu erhöhen.

Trotzdem zeigen die Fakten, dass Hilfe, sofern richtig eingesetzt, Leben retten und verändern kann. In Sambia wurde durch die Hilfe des Vereinigten Königreiches und anderer Geber kostenfreie Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen unterstützt, wobei die Zahl der Klienten der Gesundheitseinrichtungen um 50 % gestiegen ist. Hilfe ist deutlich wertvoller, wenn sie nachhaltig und langfristig ist und sich durch ernsthafte Entwicklungsziele auszeichnet. Diese Faktoren bestimmen die Wirksamkeit von Hilfe. In diesem Jahr, unter dem nachteiligen Einfluss der Lebensmittel- und Finanzkrise auf die Schwächsten, ist die Qualität der Hilfe noch entscheidender für die Entwicklungsländer, so dass die Geber ihren Versprechen unbedingt nachkommen müssen.

Doch die im Widerspruch zu internationalen Verpflichtungen stehende Praxis, Hilfe weiterhin an den Prioritäten der Geberländer auszurichten, führt zu einer Beeinträchtigung der einheimischen Machtbalance sowie zu einer geringen Teilhabe der Entwicklungsländer am Entwicklungsprozess und dadurch im Endeffekt zu einer Senkung des Effektivitätsniveaus der Hilfe. Viele der zentralen Themen der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe, wie Gleichstellung der Geschlechter und Transparenz, stehen seit langer Zeit im Mittelpunkt der Entwicklungszusammenarbeit, sind aber nie entschlossen angegangen worden.

Dieser Bericht zeigt auch, dass einige europäische Staaten ihre Entwicklungshilfe an ihren eigenen Prioritäten ausrichten und nicht denen der armen Länder. Einzelne europäische Länder, wie Italien und Schweden, haben sich dafür ausgesprochen, die Leitlinien zur Berichterstattung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auszuweiten, so dass Ausgaben für Militär und Friedenssicherung als Hilfe angerechnet werden können. Zudem hat sich Frankreich im vergangenen Jahr im Europäischen Rat die Erlaubnis ausgehandelt, Gelder für Empfängerländer an die Zusammenarbeit in Migrations- und Rückführungsangelegenheiten zu koppeln. Zahlreiche weitere europäische Regierungen, wie Malta und Italien, hatten es eilig dem nachzukommen und ihre Hilfsvereinbarungen auf dieser Grundlage neu zu verhandeln. Dieser Missbrauch der Entwicklungshilfe als politisches Instrument ist inakzeptabel. Hilfe dient der Armutsbekämpfung und dem Ausbau von Rechten und nicht den diplomatischen Beziehungen und den Interessen reicher Regierungen in armen Ländern.

Europa hat sich in der Lage gezeigt, gigantische Geldsummen für seine Banken zu mobilisieren. Über

150 Milliarden US-Dollar allein waren es für Northern Rock und Dexia – mehr als doppelt soviel, wie die in 2008 von der EU geleistete Entwicklungshilfe. Dies zeigt, dass die Einhaltung der Hilfszusagen nicht an fehlenden Ressourcen scheitert, sondern am politischen Willen und der Prioritätensetzung. Europa muss mit demselben politischen Einsatz auf die alltägliche Krise der Ärmsten reagieren.

Die Geschichte wird ihr Urteil über Europa entsprechend seines heutigen Handelns fällen. Wenn Europa nicht handelt, werden wir als diejenigen gesehen werden, die den Ärmsten in ihrer Not den Rücken gekehrt und somit die Chance vertan haben, ein aufrichtiges EU-entwicklungspolitisches Erbe zu hinterlassen. Aber entschlossenes Handeln ist noch möglich. Europa hat die einmalige Gelegenheit, großen Einfluss auf das Leben der ärmsten Menschen zu nehmen und ein entwicklungspolitisches Erbe zu hinterlassen, welches das Blatt für die ärmsten Familien in einer Zeit der globalen Krise wendete.

Die von CONCORD, dem Europäischen Dachverband Entwicklungspolitik, vertretenen 1.600 Organisationen fordern die Regierungen der EU dazu auf, ihrer Führungsrolle in der Entwicklungszusammenarbeit Ausdruck zu verleihen, durch:

1. Die Erfüllung der quantitativen europäischen Entwicklungshilfeziele für 2010 und 2015 durch die Bereitstellung echter Hilfsmittel und der Zusicherung, keine weiteren Kürzungen der Hilfsfonds angesichts der Finanzkrise vorzunehmen;
2. Die Einführung verpflichtender jährlicher Zeitpläne, die darlegen, wie europäische Regierungen ihre Hilfszusagen einhalten werden; sowie den Nachweis ihrer Umsetzung mittels regelmäßige Finanzberichte;
3. Ein Ende der Aufblähung der Zahlungen durch Schuldenerlasse, Aufwendungen für Flüchtlinge und Studierende sowie die Beendigung der Diskussionen zur Erweiterung der Definition der ODA um Inhalte wie Klimaschutzfinanzierung, Sicherheit und Migration;
4. Nachweislichen Fortschritt bezüglich der Effektivität europäischer und internationaler EZ-Ziele durch die Umsetzung der Accra-Action-Agenda und der Paris-Deklaration auf nationaler Ebene in Absprache mit den Entwicklungsländern. Die europäischen Regierungen sollten auch die folgenden spezifischen Empfehlungen in ihre Agenda aufnehmen:
 - **Transparenz:** Darlegung der Maßnahmen, die zur Lösung der gegenwärtigen Transparenzprobleme bei der Entwicklungszusammenarbeit führen sollen, wie

u. a. die zeitige und sorgfältige Bekanntgabe und Verbreitung von Informationen zu Entwicklungspolitikern, Verhandlungen und Abläufen; sowie die Gewährleistung eines einfachen Informationszugangs zur Prüfung durch Personen aus Entwicklungsländern. Alle europäischen Regierungen sollten der Internationalen Initiative zur verbesserten Transparenz von Entwicklungszusammenarbeit (IATI) beitreten und darlegen, wie sie deren Verpflichtungen umsetzen werden;

- **Gender:** Einhaltung der Zusagen, die Geschlechtergleichstellung und Mitgestaltungsmacht der Frauen ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit und der Wirksamkeitssteigerungsagenda zu rücken; darlegen, in welcher Form die Hilfsprogramme Gleichstellungsfragen behandeln und Frauen ansprechen;
- **Eigenverantwortlichkeit:** Offenlegung der Umsetzung von Entwicklungshilfe im Sinne demokratischer Eigenverantwortlichkeit; gewährleisten, dass die Meinungen und Belange der Bevölkerung und Parlamente Teil der nationalen Entwicklungspläne und Prozesse darstellen; Ausarbeitung von Indikatoren demokratischer Eigenverantwortlichkeit mit den Entwicklungsländern, die über die Messung derselben anhand der Ausrichtung an nationalen Entwicklungsplänen hinausgehen;
- **Auflagenbindung:** Veröffentlichung aller an die Hilfe gekoppelter Auflagen und Darlegung, wie wirtschaftspolitische Auflagenbindung abgeschafft werden soll;
- **Rechenschaftspflicht:** Radikale Verbesserung der Rechenschaftslegung durch die Entwicklung von

Verträgen im gegenseitigen Einverständnis zur Verwaltung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen europäischen Regierungen und Entwicklungsländern; Umsetzung wechselseitiger Vereinbarungen in allen Ländern bis 2010 und Sicherstellung einer unabhängigen Evaluierung der Hilfe;

- Aufgabe der Lieferbindung: Jede Form der Lieferbindung auch von Nahrungsmittelhilfen und technischer Unterstützung abschaffen und der lokalen Beschaffung den Vorzug geben; Verbesserungen bei der Erstellung von Berichten zur Lieferbindung an den Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC);
- Technische Unterstützung: Sicherstellen, dass jede technische Unterstützung dem Bedarf und den nationalen Strategien entspricht und das Recht der Empfängerländer, vertragliche Vereinbarungen gemäß ihrer Bedürfnisse zu treffen, respektieren;
- Abschätzbarkeit: Mehrjährige Verpflichtungen eingehen, die auf klaren und transparenten, vereinbarten Kriterien mit den Partnerländern beruhen und diese planmäßig

einhalten; Bereitstellung vollständiger und rechtzeitiger Informationen zu diesen Verpflichtungen und Auszahlungen;

- Politisch motivierte Ausgaben: Gewährleisten, dass keine Hilfgelder für Vorhaben ausgegeben werden, die nicht der Armutsbekämpfung dienen, und regelmäßig nachweisen, dass Entwicklungshilfe nicht als politisches Instrument genutzt wird;
 - Arbeitsteilung: Im Einzelfall darlegen, wie diese Agenda demokratische Eigenverantwortlichkeit der Hilfe stärkt und nicht untergräbt
5. Die Gewährleistung, dass die Umsetzung der Hilfsversprechen mit einer systematischen Reform des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems einhergeht durch die Bekämpfung der Fehler, deren Folgen so schwere Auswirkungen auf die armen Länder haben;
 6. Die Darlegung, dass alle europäischen Politiken im Einklang mit den entwicklungspolitischen Zielen stehen, einschließlich grundlegender Bereiche wie Handel, Klimawandel, Migration und Nahrungsmittelsicherheit.

